

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 138 (1972)
Heft: 7

Rubrik: Zeitschriften

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Unsachliches Hochspielen des Falles Villard

Nach Ansicht der Verfasser «duldet das Militärsystem keine grundsätzliche Kritik». Auch diese Behauptung ist unwahr und kann mit unzähligen Beispielen widerlegt werden. Zeitungsartikel, Bücher und Schriften aller Art haben sich in den letzten Jahren immer wieder kritisch mit der Armee befaßt, ohne daß den Verfassern daraus irgend ein Nachteil erwachsen wäre. Sie können sich nach wie vor frei äußern wie jeder andere, der seine Meinung sagen will. Der schweizerische Charakterzug, die Minderheit vermehrt zum Worte kommen zu lassen, begünstigt sie sogar. Den Fall Villard als Gegenbeispiel heranzuziehen, ist unsachlich. Villard hat sich im Parlament in den schärfsten Tönen gegen die Landesverteidigung wenden können. Er gibt ungestört seine Zeitung «Der Kriegsdienstgegner» heraus, er sprach am Fernsehen, am Radio, an Versammlungen. Zu behaupten, daß seine Nicht-Zulassung zur Militärkommission des Nationalrates ihn an grundsätzlicher Kritik hindern könnte, ist in keiner Weise stichhaltig. Man muß keine militärischen Geheimnisse kennen, um sich grundsätzlich mit Armeefragen auseinanderzusetzen.

Schließlich sei festgestellt, daß echte Alternativen zur bestehenden Selbstbehauptungskonzeption immer willkommen sind. Einseitige Vorschläge oder Behauptungen werden sich indessen

die gleiche schonungslose Kritik gefallen lassen müssen, mit der die Leute um das Bieler Manifest nicht kargen. Es geht nicht an, unter dem Deckmantel hochtrabender Ansprüche auf wahre Friedensliebe die friedenssichernde Macht schmälern zu wollen. Absurde Behauptungen, wie zum Beispiel diejenige, daß die im Werden begriffene «Gesamtverteidigung» unser Leben militarisieren würde, entbehren jeder Beweiskraft. Hingegen läßt sich über Fragen der Wirksamkeit des Schutzes gegen die verschiedenen Bedrohungen oder beispielsweise über Art und Wünschbarkeit eines Zivildienstes durchaus ernsthaft diskutieren. Dasselbe läßt sich von einigen der sogenannten «konkreten Postulate» des Manifests sagen. Leider sind sie vermischt mit Forderungen, die nichts anderes als eine Schwächung unserer Position gegenüber nicht wegzudisputierenden Gefahren bedeuten.

Mag sein, daß sich die Verfasser von der totalitären Ideologie und ihren Anhängern, von der Machtpolitik der Großmächte und deren Potential nicht bedroht fühlen. Die Mehrheit des Volkes denkt – wie jüngste Umfragen zeigen – ganz anders. Sie wird auf die Friedensschalmeien des Manifests, die immer wieder in Töne der Verunglimpfung und der Intoleranz umschlagen, nicht hereinfallen.

Oberstleutnant i GSt Gustav Däniker

Mitteilungen

Generalversammlung der Schweizerischen Kriegstechnischen Gesellschaft

Die Schweizerische Kriegstechnische Gesellschaft (SKG) hielt am 9. Mai 1972 in Thun-Dürrenast ihre Generalversammlung ab. Der Präsident der Gesellschaft, Dr. M. Pfulg, Dulliken/Olten, konnte als Gäste den Chef des Eidgenössischen Militärdepartementes sowie weitere hohe Persönlichkeiten aus Politik, Armee und Verwaltung begrüßen. Die Generalversammlung stimmte einem generellen Arbeitsprogramm zu, gemäß welchem ab 1972 acht verschiedene Themen aus dem Gebiete der militärischen Planung und des Rüstungswesens durch Fachgruppen oder im Rahmen von Symposien behandelt werden sollen.

Nach Abschluß der statutarischen Geschäfte folgte die Versammlung mit großem Interesse einem Vortrag von Bundesrat Gnägi über das Thema «Rüstungspolitik und Waffenausfuhr», der in eindrucklicher Weise die mit diesen Problemkreisen verbundenen Aufgaben, Nöte und Sorgen des Eidgenössischen Militärdepartementes beleuchtete.

Am Nachmittag fanden eine Besichtigung der Patronenfabrikation in der Eidgenössischen Munitionsfabrik Thun und eine Vorführung der durch die Eidgenössische Konstruktionswerkstätte Thun in enger Zusammenarbeit mit der Privatindustrie entwickelten schweizerischen Panzerfamilie (Panzer 61, Panzer 68, Entpannungspanzer 65, Brückenpanzer 68 und Panzerartilleriekanone 68) statt. E.S.

Zeitschriften

Schweizer Baublatt

Sondernummer «Baulicher Zivilschutz», April 1972

Der Zivilschutz steht heute in der Schweiz mitten in der Realisierungsphase. Im vergangenen Jahr wurden für über 210 Millionen Franken Zivilschutzbauten erstellt, an die der Bund Beiträge in Höhe von 90 Millionen gewährte. Gemäß den technischen Weisungen für den privaten Schutzraumbau werden jährlich etwa 300 000 Schutzplätze in Neubauten errichtet, die einen Schutzgrad von 1 attü aufweisen. Heute stehen im ganzen Land etwa 3 Millionen Schutzplätze zur Verfügung, wovon rund 2 Millionen den maßgebenden Anforderungen der Zivilschutzkonzeption 71 entsprechen. Entscheidend für den baulichen Zivilschutz in der Schweiz ist die Forderung: Jedem Bewohner einen Schutzplatz. Diese Forderung wird zur Folge haben, daß in den nächsten 15 Jahren für etwa 60 % unserer Bevölkerung noch Schutzplätze gebaut werden müssen.

Mit diesem hier angedeuteten umfassenden Problemkreis beschäftigt sich die soeben erschienene Sondernummer «Baulicher Zivilschutz» der Fachzeitschrift «Schweizer Baublatt». Auf 150 Seiten mit 130 Abbildungen werden die baulichen und installationstechnischen Folgerungen aus der Zivilschutzkonzeption 71 für die Praxis behandelt. Die vorliegende, von zuständigen Fachleuten privater Ingenieurbüros und Mitarbeitern des Bundesamtes für Zivilschutz verfaßte Artikelserie soll

durch ihre Information in Wort und Bild die Anwendung der Konzeption zeigen und ihr Verstehen erleichtern. Als erster werden die Grundlagen des baulichen Zivilschutzes in Form einer Erläuterung der Konzeption und einer Darstellung der Minimalanforderungen an das Überleben im Schutzraum aufgezeigt. Es folgen Darstellungen über die baulichen Aspekte des Zivilschutzes, über die technische Infrastruktur und über die Ausrüstung von Schutzräumen. Den Abschluß bilden Beiträge über die Prüfung standardisierter Zivilschutzeinrichtungen und den administrativen Ablauf von Zivilschutzbauten. jst

Wojennyj Wjestnik

Das überschwere Maschinengewehr der sowjetischen Schützenpanzer

Das überschwere Maschinengewehr vom System Wladimirow (Bezeichnung KPWT, Kaliber 14,5 mm), mit dem neuere sowjetische Schützenpanzer ausgerüstet werden, erlaubt die Vernichtung feindlicher Kräfte und Mittel bis auf eine Entfernung von 1500 m. Es eignet sich nicht nur zum Einsatz gegen offene Ziele, sondern auch gegen solche hinter leichten Deckungen sowie gegen gepanzerte Ziele mit bis zu 20 mm Panzerung. Die Feuergeschwindigkeit beträgt etwa 600 Schuß pro Minute. Das Zielen erfolgt mittels Zielfernrohrs, das Richten mittels Handrädern, die Schußauslösung elektrisch durch Betätigung eines Druckknopfes. Eingebaut ist das Maschinengewehr in einem leicht gepanzerten Drehturm. Je nach Bedarf wird Punktfeuer geschossen

oder in der Seite beziehungsweise in der Höhe gestreut. Beim Streuen in der Seite wird darauf geachtet, pro Sekunde nicht mehr als 5 m Frontbreite zu bestreichen (entsprechend ein Schuß pro $\frac{1}{2}$ m Front). Beim Streuen in die Tiefe wird eine Höhenverstellung von maximal ein Teilstrich pro Sekunde angestrebt.

Der Einsatz des Maschinengewehrs erfolgt je nach Wahl auf Kommando oder selbständig durch den Schützen. Bei mehreren Zielen wird das gefährlichste oder wichtigste zuerst unter Feuer genommen. Sind zwei Ziele gleich gefährlich oder gleich wichtig, so wird das nähere oder verwundbarere von beiden zuerst gewählt.

Die Schußabgabe geschieht aus dem stationären Schützenpanzer bei kurzem Halt oder aus der Fahrt.

Die Schußweite wird von Auge geschätzt, bei bekannter Höhe oder Breite des Zieles unter Verwendung der Skalenteilung des Zielfernrohrs. Bei Schußweiten von über 1000 m müssen Abweichungen von der normalen Lufttemperatur (15°C) berücksichtigt werden, sofern sie 20° übersteigen. Ist die Lufttemperatur über 25°C , so muß der Zielpunkt ungefähr um die halbe Zielhöhe gesenkt werden. Bei Temperaturen von -15 und -30°C ist um einen beziehungsweise zwei Skalenteile höher zu zielen.

Während der Einfluß von Längswind vernachlässigt werden kann, muß eine Korrektur für Seitenwind gemacht werden. Beim Maschinengewehr KPWT beträgt die Korrektur für mäßigen Seitenwind (4 m/sec) auf 500 bis 1000 m Schußweite ungefähr $1/100$, bei mehr als 1000 m $2/100$.

Das Feuer wird in kurzen Feuerstößen von bis zu 5 Schuß, oder in langen von 5 bis 20 Schuß geführt, die nach Gehör bemessen werden.

Für das Schießen auf bewegliche Ziele empfiehlt es sich, während der Schußabgabe den Zielpunkt mit der Geschwindigkeit des Zieles zu verlegen. Das Ziel bleibt dann länger in der Geschoßgarbe als beim Schießen mit festem Zielpunkt, bei dem das Ziel sich durch die feststehende Geschoßgarbe hindurchbewegt. Das Zielen wird durch die Verwendung von Leuchtspurnmunition erleichtert. Allerdings ist es dann notwendig, mindestens so lange ununterbrochen zu schießen, bis die ersten Geschosse das Zielgebiet erreicht haben. Die Länge der Feuerstöße wird daher stets 6 bis 10 Schuß oder noch mehr betragen.

Das Schießen aus der Fahrt erfolgt gewöhnlich in kurzen Feuerstößen. Der Schütze wartet dazu Augenblicke ab, in denen der Schützenpanzer ein Stück ebenen Geländes mit gleichmäßiger Geschwindigkeit durchfährt.

Hat der Schützenpanzer den zu Fuß vorrückenden Panzergrenadiern Feuerschutz zu geben, so sind die entsprechenden Sicherheitsvorschriften einzuhalten: Es wird nur aus dem Stand, unter Verwendung von Leuchtspurnmunition, geschossen, das Ziel muß mindestens 300 m von den eigenen Truppen entfernt sein, zwischen der Schußebene und dem nächsten Mann der eigenen Truppe muß ein Winkel von mindestens $50/100$ vorhanden sein. (Die Skalenteilung des Zielfernrohrs geht von -64 bis $+64/100$). Beträgt der Zwischenraum zwischen zwei vorrückenden Panzergrenadierzügen mindestens 30 m, so kann der Schützenpanzer gefahrlos aus 300 m Entfernung durch die Lücke zwischen den Zügen schießen. es (Oberst Koslow in Nr. 2/1972)

Ausländische Armeen

NATO

Der politische Ausschuß der atlantischen Versammlung (NATO-Parlament) beschloß in Brüssel, gemeinsam mit dem Militärausschuß der NATO eine Studie über eine gemeinsame europäische Atomstreitmacht bis 1973 ausarbeiten zu lassen. Darin soll unter anderem die Möglichkeit einer Zusammenarbeit der beiden Atommächte (und nun EWG-Mitglieder) Großbritannien und Frankreich untersucht werden. Wie der westdeutsche Ausschußvorsitzende, der Abgeordnete Blumenfeld, bekanntgab, haben die europäischen NATO-Parlamentarier beschlossen, mit den amerikanischen Mitgliedern des Kongresses und des Senats im Rahmen der atlantischen Versammlung einen ständigen Dialog über die Probleme zu führen, die in der Zusammenarbeit zwischen Europa und den USA auf allen Gebieten auftauchen, zum Beispiel auch im Hinblick auf die bevorstehende gesamteuropäische Sicherheitskonferenz.

In Kopenhagen fand in der zweiten Maihälfte die elfte Konferenz der atomaren Planungsgruppe der NATO seit ihrer Gründung im Jahre 1966 statt. Wie dazu aus der dänischen Hauptstadt verlautete (zu verifizieren war es nicht), wurde unter anderem die »zweite Atomschwelle« erörtert, das heißt der theoretische Fall, in dem ein erster Atomschlag zur Abschreckung eines Angriffs ohne Wirkung bliebe und ein zweiter nuklearer Gegenschlag erforderlich wäre. In einem nach der Konferenz veröffentlichten Communiqué hieß es, die Minister hätten Gutachten mehrerer Mitgliedsländer »über die mögliche defensive taktische Anwendung von Atomwaffen im Rahmen einer flexiblen Strategie bei einem Gegenschlag« erörtert. Zuvor habe der amerikanische Verteidigungsminister Laird einen Überblick über die gegenwärtige Verteilung der strategischen Atomstreitkräfte in der Welt gegeben, wobei er besonderes Gewicht auf die zunehmenden sowjetischen Kapazitäten auf diesem Sektor legte.

Bei Anlaß dieser Konferenz erklärte NATO-Generalsekretär Luns in einem Vortrag vor der dänischen atlantischen Vereinigung, die geplante gesamteuropäische Sicherheitskonferenz dürfe nicht zu einem gesamteuropäischen Sicherheitssystem führen, in dem die Sowjetunion »unter eventueller Entfernung der USA und Kanadas aus Europa die dominierende Macht auf dem Kontinent sein würde«. Wenn die Sicherheitskonferenz »Regeln des politischen Wohlverhaltens für alle europäischen Länder« festlege, dürften es nicht »große Worte, wie in der UNO-Charta oder in Präambeln anderer internationaler Instrumente«, sein, die im Gegensatz zu den sowjetischen Aktionen in Ungarn oder in der Tschechoslowakei stehen. Luns bedauerte dann, daß der Kreml seit dem vergangenen Jahr den NATO-Sonderbeauftragten für Truppenabbaugespräche, M. Brosio, vergeblich auf eine Einladung zu Gesprächen nach Moskau warten

lasse. Der NATO-Generalsekretär kritisierte sodann, daß »versöhnliche Aktionen der Russen in Europa von keinerlei Abbau ihrer militärischen Position begleitet werden«. Wenn es auch Anzeichen von Entspannung in Mitteleuropa gebe, so seien andererseits solche Tendenzen im Norden und im Süden der Allianz und im Atlantik nicht vorhanden, wo es vielmehr eine erhebliche Steigerung der sowjetischen militärischen Aktivität gebe. So unterhielten die Sowjets sozusagen vor Norwegens Tür Stützpunkte mit starken Marine- und Landstreitkräften, die von 200 Angriffskampfflugzeugen unterstützt würden, während 500 Kriegsschiffe, darunter 160 U-Boote, in Murmansk stationiert seien. Ferner verfüge die Flotte des Warschauer Paktes über 500 Kriegsschiffe in der Ostsee.

Im Laufe des Monats Mai fanden zahlreiche Flottenmanöver der NATO im europäischen Raum statt: In norwegischen Gewässern die jährlichen Manöver »Heller Horizont« mit Seestreitkräften Dänemarks, Norwegens und Westdeutschlands, welche taktische Übungen mit Zerstörern, Fregatten, U-Booten, Geleitzügen und Flugzeugen durchführten; vom 2. bis 19. Mai im Mittelmeer die Übungen »Dawn patrol« mit Kriegsschiffen, U-Booten und Flugzeugen aus acht Ländern der NATO, welche unter Beteiligung von nicht weniger als 300 Flugzeugen Luftverteidigungs-, Anti-U-Boot-, Amphibien- und Überwachungsoperationen ausführten; in der westlichen Ostsee das Manöver »Fox-feed«, in welchem das erste norwegische und erste dänische Minensuchgeschwader mit zusammen 9 Einheiten, eine Minentauchergruppe aus Norwegen, 4 dänische Minenleger und zwei Minensuchgeschwader der deutschen Bundeswehr im Einsatz standen. Schon Ende April hatten in portugiesischen Gewässern die NATO-Manöver »Nighth search« stattgefunden, welche vorab der U-Boot-Abwehr galten. An diesen Manövern beteiligten sich die »ständigen Seestreitkräfte im Atlantik«, das heißt Schiffe aus den USA, Kanada, Großbritannien, der Bundesrepublik Deutschland, den Niederlanden und Portugal.

Wie NATO-Generalsekretär Luns in einem Vortrag feststellte, sind die Verteidigungsausgaben der NATO zwischen 1965 und 1970 um 3,6% gesunken, während sich das Brutto-sozialprodukt der NATO-Länder im gleichen Zeitraum um 26% erhöht hat. Luns meinte sarkastisch, der Friede könne nicht durch das Ausrufen von Slogans und wehende Fahnen aufrechterhalten werden, sondern er basiere auf harter Arbeit und der sichtbaren Entschlossenheit, der Aggression mit angemessenen Verteidigungsmaßnahmen zu begegnen. Der NATO-Generalsekretär wies auch auf die militärische und politische Bedeutung der in Europa stationierten amerikanischen Truppen hin und erklärte, jede drastische und einseitige Reduzierung dieser Truppen würde das Gleichgewicht zwischen Ost und West erschüttern und einen Übergang von der Konfrontation mit dem Gegner zu Verhandlungen verunmöglichen. Z

Abprallgeschöß als Flächenmunition

Die belgische Fabrique nationale d'armes de guerre SA in Herstal hat ein 40-mm-Geschoß entwickelt. Die NATO-Spezifikation forderte unter anderem von der Flächengranate: